

# **AG\_VERWALTUNGSGERICHT WBE.2016.36 vom 11. Mai 2016**

AG Verwaltungsgericht, 2016-05-11, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ag\\_verwaltungsgericht\\_WBE.2016.36](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ag_verwaltungsgericht_WBE.2016.36)

FR: AG\_VERWALTUNGSGERICHT WBE.2016.36 du 11 mai 2016

IT: AG\_VERWALTUNGSGERICHT WBE.2016.36 del 11 maggio 2016

## **Regeste**

Verteilung der Parteikosten bei Gutheissung der Beschwerde (Praxisänderung)  
Praxisänderung (AGVE 2009, S. 278 f.): Entgegen dem VRPG ist das Strassenverkehrsamt von Bundesrechts wegen Partei im verwaltungsgerichtlichen Verfahren (Art. 24 Abs. 2 lit. a SVG i.V.m. Art. 111 Abs. 1 BGG). Deshalb sind das DVI und das Strassenverkehrsamt bei Gutheissung der Beschwerde durch das Verwaltungsgericht zu verpflichten, die im verwaltungsgerichtlichen Verfahren entstandenen Parteikosten des Beschwerdeführers je zur Hälfte zu bezahlen (§ 33 Abs. 1 VRPG).

## **Erwägungen**

### **E. 1**

(...)

### **E. 1.1**

1.2. (...)

### **E. 1.3.1**

Gemäss §32 Abs.2 VRPG werden im Beschwerdeverfahren auch die Parteikosten in der Regel nach Massgabe des Unterliegens und Obsiegens auf die Parteien verlegt. Die Behörden werden in die ser Hinsicht nicht privilegiert, sondern den übrigen Parteien gleichgestellt (vgl. AGVE 2009, S.278f.), weshalb zu beurteilen ist, welchen Verfahrensbeteiligten Parteistellung zukommt. Zu dieser Frage ist in AGVE 2009, S.278f., festgehalten wor den, dass im verwaltungsgerichtlichen Verfahren der Beschwerde führer gestützt auf §13 Abs.2 lit.a VRPG Parteistellung habe und

dass sich die Parteistellung des DVI als Vorinstanz aus §13 Abs.2 lit.e VRPG ergebe. Dagegen habe das Strassenverkehrsamt im verwaltungsgerichtlichen Verfahren keine Parteistellung, da gemäss §13 Abs.2 lit.e VRPG lediglich der Vorinstanz – nicht aber den Vorinstanzen – Parteistellung zukomme. Anzufügen bleibt, dass das Strassenverkehrsamt auch nicht gestützt auf §13 Abs.2 lit.f VRPG Partei sein kann, da es nicht einem anderen Gemeinwesen angehört. Was die Parteistellung des Beschwerdeführers und der Vorin stanz anbelangt, so ist an dieser Rechtsprechung festzuhalten. Die Ausführungen zur Verneinung der Parteistellung des Strassen verkehrsamts dagegen sind ausschliesslich gestützt auf das VRPG erfolgt. Zu beachten ist aber, dass sich auch aus Bundesrecht Vor gaben zur Parteistellung ergeben. So ist gemäss Art.24 Abs.2 lit.a SVG die erstinstanzlich verfügende Behörde gegen den Entscheid einer verwaltungsunabhängigen kantonalen Beschwerdeinstanz zur Beschwerde an das Bundesgericht berechtigt. Gemäss Art.89 Abs.2 lit.d BGG sind Personen, Organisationen und Behörden, denen ein anderes Bundesgesetz

dieses Recht einräumt, zur Beschwerde in öffentlich rechtlichen Angelegenheiten berechtigt. Wer zur Beschwerde an das Bundesgericht berechtigt ist, muss sich zudem nach Art.111 Abs.1 BGG am Verfahren vor allen kantonalen Vorinstanzen als Partei beteiligen können. Nachdem Bundesrecht entgegenstehendem kantonalem Recht vorgeht (sog. derogatorische Kraft des Bundesrechts; Art.49 Abs.1 BV), ist im Bereich des Strassenverkehrsrechts das Strassenverkehrsamt entgegen §13 VRPG und AGVE 2009, S.278f., Partei im verwaltungsgerichtlichen Verfahren. Aus diesem Grund hat das Strassenverkehrsamt zusammen mit dem DVI als Vorinstanz dem obsiegenden Beschwerdeführer die ihm entstandenen Parteikosten je zur Hälfte zu ersetzen (§33 Abs.1 VRPG).

52 Ausstand Für die Mitglieder beratender Kommissionen gelten die Ausstandsregeln des VRPG. Sie wirken an der Vorbereitung des Entscheids mit und fallen somit unter den Anwendungsbereich von §16 VRPG. Anwendungsfall: Im Unterschutzstellungsverfahren von Baudenkmalern gemäss §27 VKG darf der Bauberater der Gesuchstellerin nicht gleichzeitig in der Kommission für Denkmalpflege und Archäologie mitwirken. Urteil des Verwaltungsgerichts, 3.Kammer, vom 16.August 2016 in Sachen Einwohnergemeinde A. gegen Regierungsrat (WBE.2015.427). 53 Beschwerdebefugnis/Legitimation Beschwerdebefugnis der (Einwohner) Gemeinde in Bausachen Urteil des Verwaltungsgerichts, 3.Kammer, vom 17.August 2016 in Sachen A. AG, B. GmbH und C. AG gegen Departement Bau, Verkehr und Umwelt sowie Gemeinderat D. (WBE.2015.502, BeschwerdeverfahrenI) und in Sachen Einwohnergemeinde D. gegen Departement Bau, Verkehr und Umwelt sowie Gemeinderat D. (WBE.2015.503, BeschwerdeverfahrenII). Aus den Erwägungen I.

### **E. 2.1**

Gemäss §42 VRPG ist zur Beschwerde befugt a) wer ein schutzwürdiges eigenes Interesse an der Aufhebung oder der Änderung des Entscheids hat, b) jede andere Person, Organisation oder Behörde, die durch Bundesrecht oder kantonales Recht zur Beschwerde ermächtigt ist.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.